

Positionspapier

Klimaschutz nachhaltig stärken: Genossenschaftliche Agrarwirtschaft ist Teil der Lösung!

Der Klimaschutz ist eines der dringlichsten politischen Handlungsfelder. Nicht zuletzt, weil sich die Bundesregierung mit der Unterzeichnung des Klimaabkommens von Paris verpflichtet hat, bis zum Jahr 2050 eine weitgehende Treibhausgasneutralität zu erreichen. Derzeit liegt der deutsche CO₂-Ausstoß bei 909 Millionen Tonnen (2016).

Land- und Agrarwirtschaft ist Teil der Lösung

Die Landwirtschaft ist von dieser Thematik in dreifacher Hinsicht betroffen. Zum einen trägt sie durch den Ausstoß von CO₂ zum Klimawandel bei. Allerdings ist sie unmittelbar nur für 7 Prozent der CO₂-Emissionen Deutschlands verantwortlich. Sie nimmt somit nach Energiewirtschaft (37 %), Verkehr (18 %) und verarbeitendem Gewerbe (14 %) erst Platz vier der Emissionäre ein. Im internationalen Vergleich arbeitet die deutsche Land- und Agrarwirtschaft schon heute klimaeffizient. So wird beispielsweise für die Erzeugung von einem Liter Milch in Deutschland nur halb so viel CO₂ freigesetzt wie im weltweiten Durchschnitt. Allerdings ist die Land- und Agrarwirtschaft auch von den Auswirkungen des Klimawandels wie kaum eine andere Branche betroffen. Gleichzeitig trägt sie zum Beispiel als Rohstofflieferant für Bioenergie zum Klimaschutz bei und ist damit auch Teil der Lösung.

Die vom Deutschen Raiffeisenverband e.V. (DRV) vertretenen rund 2.000 genossenschaftlichen Unternehmen sind in der Erzeugung, dem Handel und der Verarbeitung agrarischer Erzeugnisse tätig. Sie befinden sich im Eigentum von Landwirten, Gärtnern und Winzern und stellen eine wichtige Wirtschaftskraft im ländlichen Raum dar. In den vergangenen Jahren realisierten die Genossenschaften bereits viele Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien, optimierten ihre betrieblichen Prozesse und verbesserten damit die Klimateffizienz. Diesen Weg wollen sie fortsetzen und intensivieren.

Genossenschaften als Klimaschutzdienstleister

Als Händler, Projektierer und Dienstleister leisten die Raiffeisen-Genossenschaften gemeinsam mit ihren Verbänden einen Beitrag, negative Klimawirkungen in der Landwirtschaft zu reduzieren. Konkret werden wir unsere Maßnahmen in folgenden Bereichen noch weiter ausbauen:

Als Händler für Landmaschinen und als Dienstleister für **Smart-Farming**-Lösungen stellen die Genossenschaften ihren Mitgliedern modernste Technik zur Verfügung. Damit wird ein sachgerechterer Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln gewährleistet, Produktionsprozesse und damit auch die Klimateffizienz optimiert.

Positionspapier

Als Energiehändler werden die Genossenschaften den **Einsatz von Kraft- und Brennstoffen aus erneuerbaren Quellen** zukünftig noch weiter ausbauen. Damit leisten wir einen entscheidenden Beitrag zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes.

Als Futtermittelproduzenten werden wir die **Optimierung der Tierernährung** vorantreiben. Insbesondere in der Rinderhaltung kann so der Ausstoß klimarelevanter Gase noch weiter reduziert werden.

Wir setzen auf Systeme, die zu einer **gasdichteren Güllelagerung** beitragen. Damit können wir die CO₂-Emissionen um mehrere Millionen Tonnen reduzieren.

Als Beratungsdienstleister für ihre Mitglieder legen die Genossenschaften den Schwerpunkt auf **klimaschonende Produktionsverfahren**. Damit sensibilisieren sie die landwirtschaftliche Praxis, bei betrieblichen Entscheidungen noch stärker die klimarelevanten Auswirkungen einzubeziehen.

Die genossenschaftliche Agrarwirtschaft wird ihr Engagement im Klimaschutz weiter ausbauen. Um auf diesem Weg weiterhin erfolgreich sein zu können, benötigen sie die richtigen klimaschutzpolitischen Weichenstellungen. Für den Deutschen Raiffeisenverband ist essentiell, dass dabei folgende fünf Punkte Berücksichtigung finden:

1. Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors sichern!
2. Nur für exakt messbare CO₂-Mengen einen Preis erheben!
3. Agrarklimafonds zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen schaffen!
4. Finanzierung des Ausbaus von erneuerbaren Energien aus dem Energie- und Klimafonds!
5. Energiemix der Zukunft technologieoffen festlegen!

1. Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors sichern!

Nur eine leistungsfähige Land- und Agrarwirtschaft verfügt über die notwendige Innovations- und Investitionskraft, um seiner Vorreiterrolle im Klimaschutz gerecht zu werden. Genossenschaften als regional agierende Unternehmen sind Teil einer internationalen Wertschöpfungskette und damit einem hohen Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Diese Situation wird dadurch verschärft, dass die hohen Produktionsstandards in Deutschland auf dem Weltmarkt kaum honoriert werden.

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit benötigen die betroffenen Unternehmen zum einen Planungssicherheit. Nationale Alleingänge sollten vermieden werden. Daher muss die Bundesregierung dafür Sorge tragen, dass nationale Klimaschutzaktivitäten einschließlich der Erhebung eines CO₂-Preises möglichst

Positionspapier

auf europäischer und internationaler Ebene abgestimmt werden. Entscheidend für die Raiffeisen-Genossenschaften ist, dass eine mögliche Einführung eines CO₂-Preises nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führt.

Um diese möglichst zu verhindern, sollte ein CO₂-Preis nur schrittweise und in Abhängigkeit von der Verfügbarkeit alternativer Energiequellen und deren Versorgungsinfrastruktur eingeführt werden. Nur in diesem Fall wäre es für die Genossenschaften möglich, steigende Kosten für fossile Energieträger durch die Nutzung alternativer Energien zu reduzieren. Gleichzeitig muss Sorge dafür getragen werden, dass klimafreundliches Wirtschaften zukünftig international einen Wettbewerbsvorteil darstellt. Davon könnte die deutsche Land- und Agrarwirtschaft besonders profitieren, denn sie produziert auf einem Gunststandort und darüber hinaus sehr effizient.

2. Nur für exakt messbare CO₂-Mengen einen Preis erheben!

Bei einer möglichen Einführung eines CO₂-Preises muss sichergestellt sein, dass nur konkret messbare Mengen mit einem Preis versehen werden. Dafür brauchen wir exakte und international einheitliche Verfahren zur Messung und Bewertung klimarelevanter Gase.

Emissionen aus Quellen mit diffusem Charakter, wie zum Beispiel die landwirtschaftliche Tierhaltung oder die Bewirtschaftung von Moorböden, können nicht exakt bemessen werden und sind deshalb von der Bepreisung auszunehmen. Für die Landwirtschaft sollten vielmehr Anreize für Effizienzsteigerungen, eine stärkere Nutzung von erneuerbaren Kraft- und Brennstoffen sowie die gasdichte Lagerung von Gülle geschaffen werden.

3. Agrarklimafonds zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen schaffen!

Nach den derzeit politisch diskutierten Zielvorgaben müsste die Landwirtschaft 11 bis 14 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr einsparen. Bei einem geschätzten CO₂-Vermeidungspreis von 80 Euro je Tonne ergibt sich ein jährlicher Finanzbedarf in Höhe von 880 bis 1.120 Millionen Euro. Zur Abfederung dieser einhergehenden Kosten sollte analog zum „Waldklimafonds“ ein „Agrarklimafonds“ gegründet werden, der ebenfalls aus dem „Energie- und Klimafonds“ der Bundesregierung gespeist wird. Mit diesen Mitteln sollten energie- und klimaeffizienzsteigernde Maßnahmen in der Agrarwirtschaft sowie die im Juni 2019 vom Bundeslandwirtschaftsministerium gemachten Vorschläge zur Minderung von Treibhausgasen im Sektor Landwirtschaft finanziert werden. Dazu zählen auch Klimaschutzberatungen und alle Aktivitäten zur Optimierung der Tierfütterung.

Positionspapier

4. Finanzierung des Ausbaus von erneuerbaren Energien aus dem Energie- und Klimafonds!

Die Raiffeisen-Genossenschaften bekennen sich zu dem Ziel einer weitgehenden Klimaneutralität bis zum Jahr 2050. Dies wird nur dann zu erreichen sein, wenn Unternehmern und privaten Haushalten ausreichende alternative Energiequellen einschließlich der dafür erforderlichen Infrastruktur zur Verfügung stehen. Dieser Transformationsprozess wird nicht wie bisher über die EEG-Umlage zu leisten sein.

Vor diesem Hintergrund sollte der Ausbau erneuerbarer Energien einschließlich der Versorgungsinfrastruktur zukünftig aus dem „Energie- und Klimafonds“ der Bundesregierung gefördert werden. Gespeist werden sollte der Fonds wie bisher aus den Erlösen des CO₂-Zertifikatehandels, ggf. ergänzt durch eine neu eingeführte CO₂-Abgabe.

5. Energiemix der Zukunft technologieoffen festlegen!

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Attraktivität des ländlichen Raums wird nur dann erhalten und weiterentwickelt werden können, wenn die Mobilität der dort lebenden und arbeitenden Menschen sichergestellt ist. Eine einseitige Förderung der E-Mobilität ist in diesem Zusammenhang nicht ausreichend. Sie wird den unterschiedlichen Strukturen von urbanen und ländlichen Räumen nicht gerecht. Darüber hinaus dürfte es kaum möglich sein, eine ausreichende Strommenge zu produzieren sowie die nötige Lade- und Netzinfrastruktur zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund fordert der DRV die Politik auf, einen verlässlichen Plan für den zukünftigen Energiemix vorzulegen, der insbesondere den unterschiedlichen Strukturen und Bedürfnissen in der Stadt und dem ländlichen Raum Rechnung trägt. Dazu gehört nach Ansicht des DRV ein verstärkter Einsatz von Biokraft- und Brennstoffen sowie von anderen erneuerbaren Energieträgern wie zum Beispiel E-Fuels.

Im Gebäudebereich ist es erforderlich, sowohl die Energieeffizienz zu erhöhen als auch vermehrt klimaneutrale Brennstoffe einzusetzen. Dabei sollten auch die Potenziale von hocheffizienten Ölheizungen weiterhin anerkannt werden, die durch eine Verknüpfung mit erneuerbaren Energien gesteigert werden können. Die Bereitschaft zu Sanierungen sollte durch einen Ausbau der Förderung beziehungsweise der steuerlichen Geltendmachung von Teilsanierungen gesteigert werden.

Über den DRV

Der DRV vertritt die Interessen der genossenschaftlich orientierten Unternehmen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft. Als wichtiges Glied der Wertschöpfungskette Lebensmittel erzielen die 2.024 DRV-Mitgliedsunternehmen in der Erzeugung, im Handel und in der Verarbeitung von pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen mit rund 82.000 Mitarbeitern einen Umsatz von 63,6 Mrd. Euro. Landwirte, Gärtner und Winzer sind die Mitglieder und damit Eigentümer der Genossenschaften.